



GLOBAL 2000 LOBBYING REPORT

Welche Interessenvertretungen Einfluss auf unsere EU-Parlamentarier:innen nehmen und wie Umweltschutz dadurch unter Druck kommt

INHALT

HAUPTERGEBNISSE	3
LOBBYING AUF EU-EBENE	6
METHODIK	8
ÖSTERREICHS EU- ABGEORDNETE und LOBBYING	9
Transparenz bei Lobbytreffen	9
Einflussreichste Interessenvertreter:innen	11
Lobbykontakte nach Bereichen	14
Abstimmungsverhalten	20
GESETZLICHER RAHMEN AUF EU-EBENE	26
LOBBY-INTRANSPARENZ IN ÖSTERREICH	28
SCHLUSSFOLGERUNGEN	30

GLOBAL 2000 ist die größte österreichische Umweltschutzorganisation. Wir setzen uns ein für eine intakte Natur und Umwelt und eine lebenswerte Zukunft für alle. Gemeinsam mit hunderttausenden Menschen an unserer Seite bewegen wir Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Wir benennen Probleme, decken Missstände auf und zeigen Lösungen für eine nachhaltige Zukunft. Unsere Unterstützer:innen sichern dabei mit ihren Spenden unsere unabhängige Arbeit. Gemeinsam kämpfen wir für das Schöne.





HAUPTERGEBNISSE

Für die vorliegende Studie wurden 1.338 Lobbytreffen österreichischer EU-Abgeordneter im Zeitraum von Juli 2024 bis Juli 2025 analysiert, um zu untersuchen, mit welchen Interessenvertreter:innen sich die Abgeordneten im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode zu welchen Themen getroffen haben.

Generell gilt, dass beim Lobbying auf EU-Ebene Wirtschaftsverbände und Unternehmen klar dominieren. In Brüssel arbeiten 25.000 Lobbyist:innen mit einem geschätzten Jahresbudget von 1,5 Mrd. Euro. 70 Prozent von ihnen sind in Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden tätig. Diese Dominanz spiegelt sich auch bei den Treffen österreichischer EU-Abgeordneter klar wider.

Derzeit läuft ein Angriff auf den Green Deal und zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Ziel, Umwelt- und Sozialstandards zu senken und wichtige Errungenschaften der letzten Jahren rückabzuwickeln. Ein häufig genanntes Argument ist die angeblich hohe Lobbypräsenz zivilgesellschaftlicher Organisationen. Das lässt sich eindeutig widerlegen:

Unsere Analyse zeigt im Gegenteil, dass auch bei österreichischen EU-Abgeordneten die Treffen mit Interessenvertreter:innen aus Wirtschaft und Industrie überwiegen. Zudem wird deutlich, dass die fossile Energiewirtschaft nach wie vor stark präsent ist.

Lobbydominanz der Wirtschaft bestätigt

EU-Abgeordnete müssen ihre Treffen transparent machen. Tatsächlich geschieht das in sehr unterschiedlichem Ausmaß. Die drei Mandatar:innen, die im Untersuchungszeitraum am meisten Treffen transparent gemacht haben sind Lukas Mandl (ÖVP, 220), Thomas Waitz (171) und Lena

Schilling (Grüne, 126). Die Mandatar:innen mit den geringsten Transparenzangaben über ihre Lobbygespräche sind Petra Steger (FPÖ – kein einziges dokumentiertes Treffen), Georg Mayer (FPÖ – ein dokumentiertes Treffen) und Gerald Hauser sowie Elisabeth Dieringer (FPÖ – jeweils neun dokumentierte Treffen).

Fakt ist, dass fast die Hälfte aller Lobby-Meetings mit österreichischen EU-Abgeordneten mit Wirtschaftslobbyist:innen stattfinden. Das sind doppelt so viele Treffen, wie mit allen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Arbeitnehmer:innen-Vertretungen zusammen.



Parteien im Vergleich: Transparenz pro Mandatar:in

Blickt man auf die durchschnittlichen Transparenzangaben pro Mandatar:in führen die Grünen mit 148,5 transparent gemachten Treffen, gefolgt von der ÖVP (109,6), den NEOS (84,5) und der SPÖ (55,4). Die FPÖ hingegen weist ein deutliches Transparenzdefizit auf: Ihre sechs Abgeordneten geben im Durchschnitt nur rund acht Treffen an – ein klarer Abstand zu allen anderen Parteien.

Die Top-Ansprechpartner:innen

Die Parteien unterscheiden sich stark bei den Ansprechpartner:innen, die sie am häufigsten treffen:

- **ÖVP:** Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und ÖAMTC – stark wirtschafts- und autofahrer:innenorientiert geprägt.
- **SPÖ:** Arbeiter- und Wirtschaftskammer und ÖGB – sozialpartnerschaftlich ausgerichtet.
- **Die Grünen:** Vertreter:innen der Zivilgesellschaft – zivilgesellschaftlich orientiert mit Fokus auf Umwelt- und Sozialthemen.
- **NEOS:** Verband der Energienetzbetreiber, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung – klar wirtschaftsorientiert verankert.
- **FPÖ:** Klima- und Wissenschaftsleugner:innen, Impfgegner:innen, Personen mit Kontakten zu Holocaustleugner:innen – ideologisch geprägt und an kontroversen Positionen orientiert.

Aufweichung des Green Deal

Im EU-Parlament wurden im vergangenen Jahr mehrere Aufweichungen und die Verzögerung der Implementierung des Green Deal beschlossen. Die österreichischen EU-Abgeordneten haben dem mehrheitlich zugestimmt.

- Aufschiebung der Entwaldungsverordnung: Zustimmung von allen Parteien mit Ausnahme der Grünen.
- Verschiebung des Lieferkettengesetzes: Zustimmung von ÖVP, NEOS und zwei Mandataren der SPÖ.
- Aufweichung von CO₂-Vorschriften für die Autoindustrie: Zustimmung von allen Parteien mit Ausnahme der Grünen.

Im Vorfeld der Abstimmungen wurden fast ausschließlich Vertreter:innen aus Wirtschaft, Autoindustrie sowie Holz- und Forstwirtschaft getroffen. Die Stimmen von Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind bei allen untersuchten Abstimmungen deutlich unterrepräsentiert.

Für Abgeordnete im österreichischen Nationalrat oder die österreichischen Ministerien wäre eine solche Analyse unmöglich, denn entsprechende Transparenzregeln zu Treffen mit Interessenvetretungen fehlen zur Gänze. Im Sinne einer transparenten Politik sollten endlich entsprechende Transparenzvorschriften zu Treffen von Regierungsvertreter:innen, leitenden Angestellten in Ministerien und Nationalratsabgeordneten mit Interessenvertreter:innen erlassen werden.





LOBBYING AUF EU-EBENE

Derzeit wird viel über Transparenz und Lobbying verschiedener Akteur:innen diskutiert. Eine lebendige Demokratie beruht darauf, dass unterschiedliche Interessen Gehör finden. Eine informierte Gesetzgebung erfordert den Austausch mit Betroffenen – sowohl aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als auch von Arbeitnehmer:innenvertretungen.

Dennoch gibt es oft mächtige Lobbygruppen, die überproportionalen Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen – zum Schaden des Gemeinwohls. Einzelinteressen setzen sich dabei gegenüber dem Gemeinwohl durch, zum Nachteil der Bevölkerung und der Umwelt und zum Nutzen einiger weniger.

In Brüssel nehmen schätzungsweise 25.000 Lobbyist:innen mit einem Jahresbudget von 1,5 Mrd. Euro Einfluss auf die Gesetzgebung. Etwa 70 % von ihnen arbeiten in Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden.¹ 162 Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die Lobbybudgets von über einer Million Euro angeben,

¹ vgl.: <https://www.lobbycontrol.de/lobbyismus-in-der-eu/>



geben zusammen mindestens 343 Mio. Euro jährlich für Lobbyarbeit aus. Akteur:innen mit Lobby-Ausgaben von über einer Million Euro haben ihre Ausgaben seit 2020 um über 30 % erhöht. Dabei schätzt die Organisation Lobby-Control, dass die Zahlen stark unterschätzt sind, weil sie kaum überprüft werden und auf Basis von Selbstangaben der Akteur:innen beruhen.

Am meisten geben Big-Tech, Banken, Energie, sowie Chemie und Agrarwirtschaft für die Vertretung ihrer Interessen aus (siehe Abb. 1). Sie sind es, die eine Kampagne gegen den Green Deal gestartet haben. Der Anstieg der Lobby-Ausgaben soll reiche Ernte bringen – in Form von niedrigeren Sozial- und Umweltstandards und höheren Profiten.

Green Deal am Scheideweg

Der Angriff auf den Europäischen Green Deal nimmt an Fahrt auf und hat bei den letzten Abstimmungen im EU-Parlament seine Spuren hinterlassen. Der vorliegende Bericht widmet sich dem Lobbying auf EU-Ebene bei österreichischen EU-Abgeordneten im ersten Jahr ihrer Tätigkeit (Juli 2024 bis Juli 2025). Auf Basis des Europäischen Transparenzregisters ist ersichtlich, wen die österreichischen Abgeordneten zu welchen Themen getroffen haben. So können wir einen Blick in den Maschinenraum der Politik werfen, Schlüsse ziehen und mit dieser Transparenz hoffentlich bewirken, dass das Gemeinwohl künftig gegenüber Einzelinteressen wieder häufiger von den politischen Entscheidungsträger:innen vorangestellt wird.

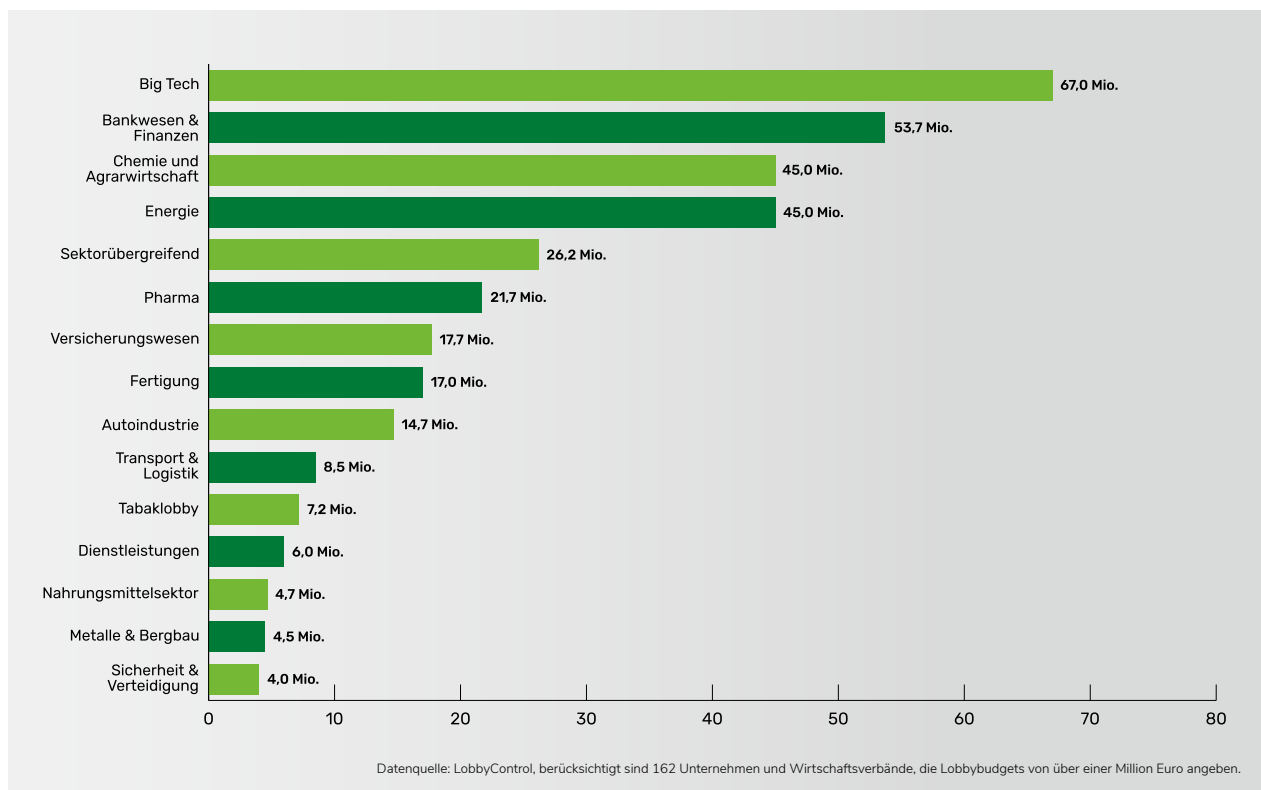


Abbildung 1: EU-Lobby-Ausgaben von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden nach Branche im Jahr 2025.

METHODIK

In der folgenden Analyse wurden mithilfe einer Plattform von Transparency International die veröffentlichten Lobbytreffen der österreichischen Mitglieder des Europäischen Parlaments im Zeitraum von Juli 2024 bis Juli 2025 – dem ersten Jahr der 10. Legislaturperiode – näher untersucht.

Ziel war es, zu analysieren, welche Unternehmen, Branchen oder Organisationen am häufigsten getroffen werden und ob sich je nach Parteizugehörigkeit Unterschiede im Umgang mit Lobbyist:innen zeigen, insbesondere hinsichtlich der Interessen, die im Vordergrund stehen.

Transparency International EU stellt mit EU Integrity Watch eine Online-Plattform bereit, die öffentlich zugängliche Informationen – unter anderem zu Lobbyorganisationen und Lobby-Meetings von EU-Kommissionsmitgliedern und Abgeordneten – zentral bündelt. Daten, die zuvor auf verschiedenen Webseiten der EU-Institutionen verstreut waren, werden hier übersichtlich zusammengeführt und für Medien, Zivilgesellschaft und interessierte Bürger:innen leicht zugänglich sowie analysierbar gemacht.

In der Analyse wird auf die österreichische Parteizugehörigkeit zurückgegriffen, und es werden die Parteinaamen der österreichischen Parteien angeführt – nicht jene der Fraktionen im Europäischen Parlament.

Der Grund dafür ist, dass die nationale Zuordnung für die österreichische Öffentlichkeit leichter nachvollziehbar ist. Zwar arbeiten die Abgeordneten im Europäischen Parlament in Fraktionen zusammen, doch spiegeln ihre Treffen mit Interessenvertreter:innen häufig die spezifischen politischen Linien und Schwerpunkte ihrer jeweiligen Heimatparteien wider.



ÖSTERREICH'S EU-ABGEORDNETE UND LOBBYING



Transparenz bei Lobbytreffen

EU-Abgeordnete sind verpflichtet, Angaben über alle ihre Treffen mit Interessenvertretungen zu machen. Mit dem Stichtag der Datenerhebung, dem 6. August 2025,

haben österreichische Mitglieder des Europäischen Parlaments insgesamt 1.338 Lobbytreffen dokumentiert². Die meisten Meldungen stammen von Lukas Mandl (ÖVP) mit 220 Meetings (siehe Abb. 2), gefolgt von den Grünen-Abgeordneten Thomas Waitz (171) und Lena

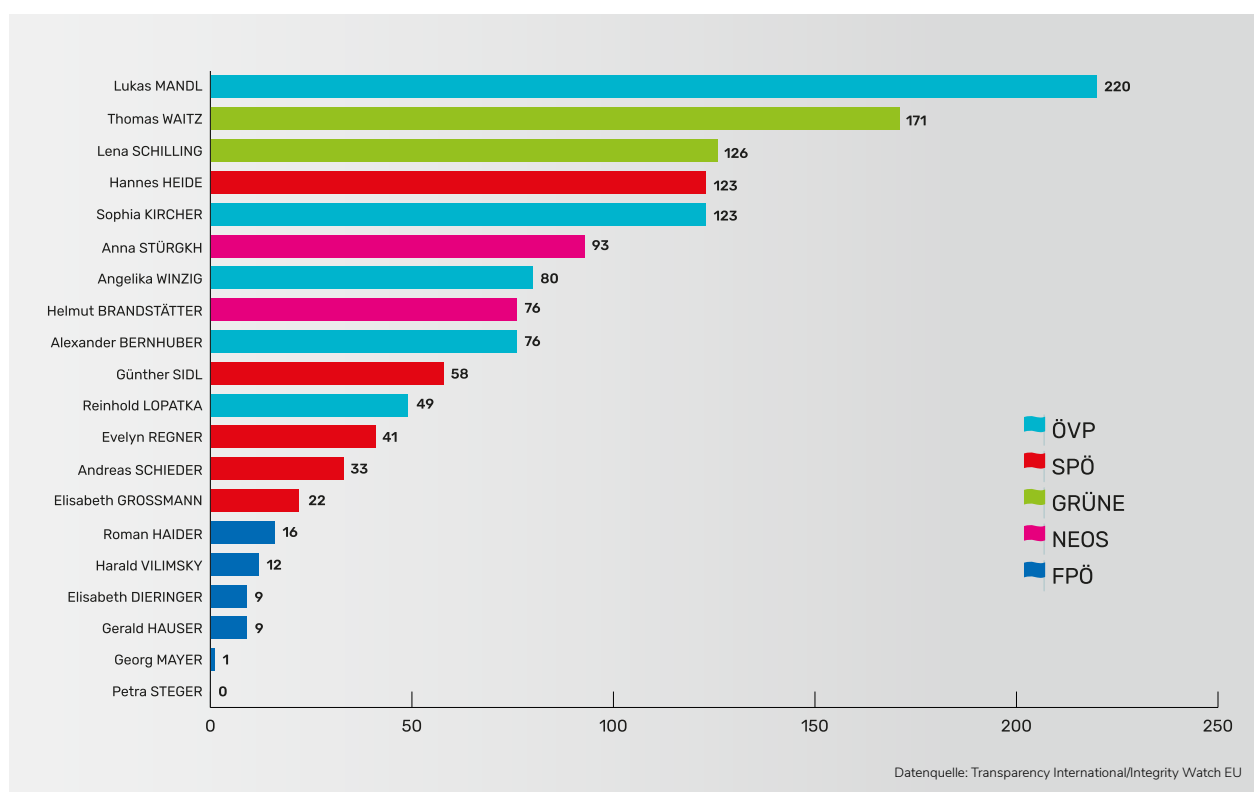


Abbildung 2: Anzahl der eingetragenen Lobby-Treffen im EU-Parlament je Mandatar:in im 1. Jahr der 10. Legislaturperiode (Juli 2024 bis Juli 2025, Stichtag: 06.08.2025).

² Lobby-Treffen mit zwei oder mehreren Lobby-Gruppen wurden in der Analyse mehrfach gezählt.

Schilling (126). Knapp dahinter liegen Hannes Heide (SPÖ) und Sophia Kircher (ÖVP) mit jeweils 123 Einträgen. Die Mandatar:innen mit den geringsten Transparenzangaben über ihre Lobbygespräche sind Petra Steger (FPÖ – kein einziges dokumentiertes Treffen), Georg Mayer (FPÖ – 1 dokumentiertes Treffen) und Gerald Hauser sowie Elisabeth Dieringer (FPÖ – jeweils 9 dokumentierte Treffen).

In der Gesamtzahl der Treffen führt die ÖVP (5 Mandatar:innen) mit 548 registrierten Meetings, gefolgt von den Grünen (2 Mandatar:innen) mit 297, der SPÖ (5 Mandatar:innen) mit 277 und den NEOS (2 Mandatar:innen) mit 169 eingetragenen Meetings. Die FPÖ hingegen weist ein deutliches Transparenzdefizit auf: Ihre 6 Abgeordneten haben zusammen lediglich 47 Treffen dokumentiert.

Bezieht man jedoch die Mandatszähl mit ein, ergibt sich ein anderes Bild (siehe Abb. 3): Die Grünen weisen mit durchschnittlich 148,5 Treffen pro Mandatar:in

die meisten Meldungen auf, gefolgt von der ÖVP (109,6), den NEOS (84,5) und der SPÖ (55,4). Die FPÖ zeigt mit durchschnittlich rund 8 transparent gemachten Lobby-Treffen pro Mandatar:in im Untersuchungszeitraum einen deutlichen Abfall zu allen anderen Parteien.

Vage Angaben zu Gesprächsthemen

Es ist jedoch nicht nur wichtig, zu erfahren, wer getroffen wurde, sondern auch zu welchen Themen. Einige Abgeordnete gehen nachlässig mit der Dokumentation der Gesprächsthemen ihrer Lobby-Meetings um. In mehr als 30 % der Einträge beschränken sich die Angaben auf vage Formulierungen wie „Exchange of views“, „Introduction“, „Meeting with...“ oder schlicht „Lunch“. Bei NEOS- und SPÖ-Mandatar:innen ist dies sogar in über 50 % der Fälle zu beobachten (siehe Abb. 4). Bei den Grünen-Abgeordneten hingegen enthalten 99 % der Einträge ein konkretes Gesprächsthema. Bei der ÖVP liegt dieser Anteil bei 78 %, bei der FPÖ bei 62 %.

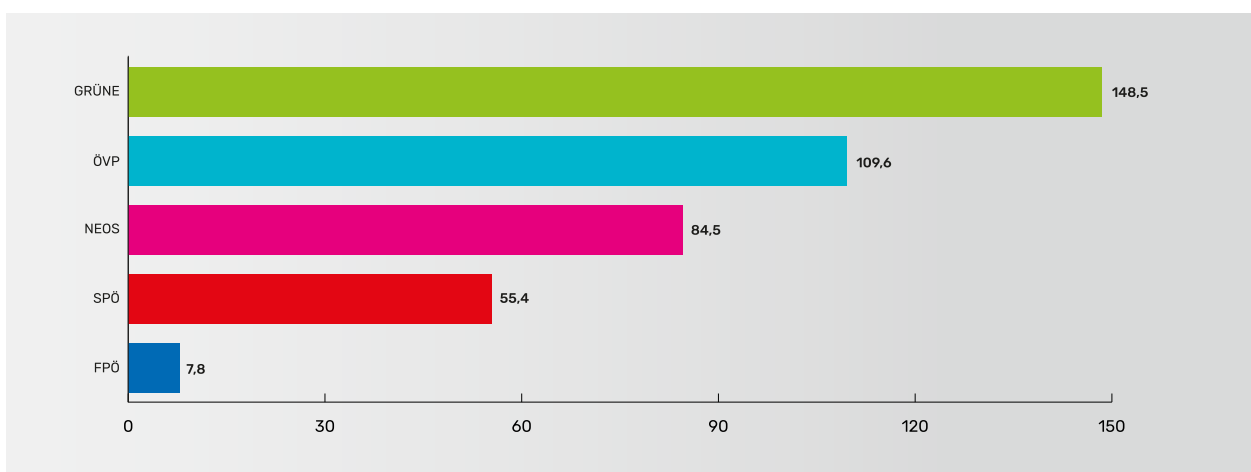


Abbildung 3: Anzahl der eingetragenen Lobby-Treffen im EU-Parlament je Partei und Mandatar:in im 1. Jahr der 10. Legislaturperiode (Juli 2024 bis Juli 2025, Stichtag: 06.08.2025)

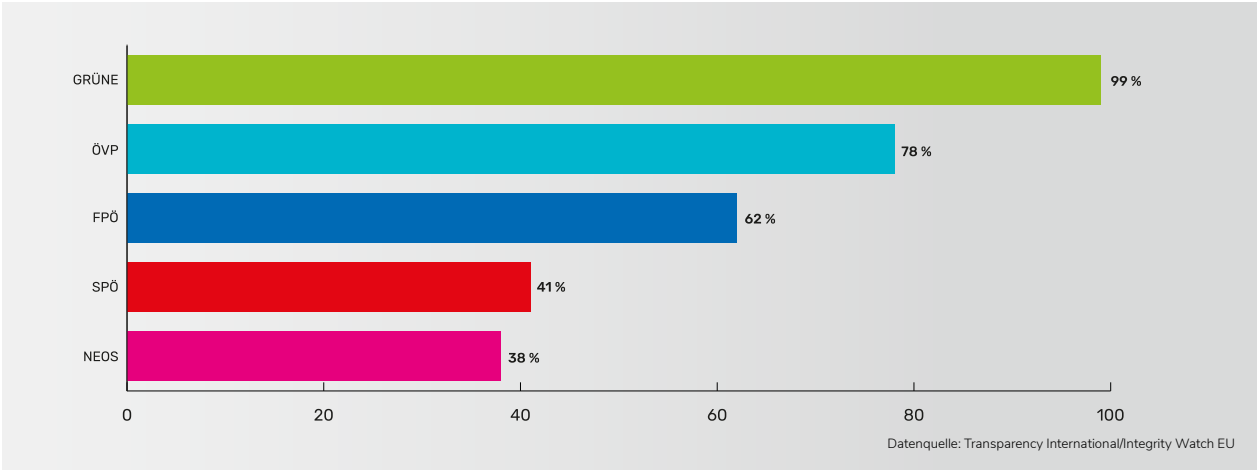


Abbildung 4: Anteil der eingetragenen Lobby-Treffen im EU-Parlament mit Angabe zum Gesprächsthema im 1. Jahr der 10. Legislaturperiode (Juli 2024 bis Juli 2025, Stichtag: 06.08.2025)

Einflussreichste Interessenvertreter:innen

Wie bereits auf Seite 9 gezeigt, bestehen deutliche Unterschiede in der Anzahl der gemeldeten Treffen. Die erheblichen Abweichungen zwischen den Parteien legen nahe, dass die Angaben – entgegen der geltenden Vorgaben – nicht vollständig sind. Dennoch lassen die öffentlich ver-

fügbaren Daten Rückschlüsse darauf zu, welche Interessen von den einzelnen Parteien aufgegriffen werden. Mit insgesamt 40 Einträgen ist die Wirtschaftskammer Österreich diejenige Organisation, die am häufigsten von österreichischen EU-Abgeordneten kontaktiert wurde. Dahinter folgen die Industriellenvereinigung (17), die Arbeiterkammer (16) sowie die ÖBB (15).

Die Analyse der einzelnen Parteien zeigt ein differenziertes Bild:

	ÖVP	SPÖ	GRÜNE	NEOS	FPÖ
1.	Wirtschaftskammer (28)	Arbeiterkammer (12)	Transport & Environment (12)	EU DSO Entity / EUDE (4)	Heartland Institute (5)
2.	Industriellenvereinigung (9)	Wirtschaftskammer (7)	EU-Umweltbüro (8)	Wirtschaftskammer (3) Industriellenvereinigung (3) E-Control (3)	Frédéric Baldan (3)
3.	ÖAMTC (7)	ÖGB (5) Wiener Stadtwerke (5) Brewers of Europe (5)	Climate Action Network (6) VIER PFOTEN (6)		Industriellenvereinigung (2) Aleksandar Vučić (2) Ana Brnabic (2)

ÖVP

Bei der ÖVP liegt die Wirtschaftskammer mit insgesamt 28 Meetings klar an der Spitze. Es folgen die Industriellenvereinigung mit 9 sowie der Automobilclub ÖAMTC mit 7 Treffen. Damit wird eine deutliche Nähe zur Wirtschafts- und Autolobby sichtbar.

SPÖ

Bei der SPÖ wird die Wirtschaftskammer mit 7 Treffen nur von der Arbeiterkammer übertroffen, die mit insgesamt 12 Treffen an der Spitze liegt. Jeweils 5 Treffen fanden mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, den Wiener Stadtwerken und Brewers of Europe statt. Dies zeigt, dass die SPÖ den Austausch mit sozialpartnerschaftlichen Akteur:innen stark gewichtet.

GRÜNE

Bei den Grünen dominieren klar zivilgesellschaftliche Organisationen in den Bereichen Klima-, Umwelt- und Tierschutz. Angeführt wird die Liste von Transport & Environment – einem Zusammenschluss von Umweltverbänden mit Verkehrsschwerpunkt – mit insgesamt 12 Treffen, gefolgt vom Europäischen Umweltbüro (8) sowie dem Climate Action Network und den Vier Pfoten (je 6).

NEOS

Die NEOS trafen am häufigsten den Verband Europäischer Verteilnetzbetreiber (EU DSO Entity/EUDE), mit insgesamt 4 Meetings sowie die Regulierungsbehörde E-Control (3). Beide Kontakte standen im Zusammenhang mit dem EU-Parlamentsbericht zu den Stromnetzen. Darüber hinaus fanden jeweils 3 Treffen mit der Wirtschaftskammer und der Industriellen-

vereinigung statt. Auch hier zeigt sich eine deutliche Nähe zu wirtschaftlichen Akteur:innen.

FPÖ

Heartland Institute

Bei der FPÖ steht mit insgesamt 5 eingetragenen Meetings das wissenschaftsfeindliche US-amerikanische Heartland Institute an erster Stelle. Die FPÖ pflegt enge Kontakte dorthin und besucht es regelmäßig in Chicago. Das Heartland Institute ist eine konservative und libertäre Denkfabrik, die sich dem Abbau von Klima- und Umweltvorschriften verschrieben hat. Ursprünglich lobbysierte es für die Tabakindustrie und streute Zweifel an der Schädlichkeit des Passivrauchens und setzte sich gegen ein Verbot des Insektizids DDT ein, das als krebserregend gilt.

Seit 2020 verbreitet das Heartland Institute Verschwörungstheorien zur Corona-Pandemie und gilt zudem als Kernstück der organisierten Klimawandelleugner-Szene. Es forderte etwa die Abschaffung des Weltklimarats und bezeichnet CO₂ als unproblematisch. Zudem baut das Heartland Institute Netzwerke mit rechten Politiker:innen in Europa auf, um Klima- und Umweltgesetze zu verwässern. Finanziert wird es von der Tabakindustrie, u.a. von Philip Morris, der Koch Family Foundation sowie Exxon Mobile.

Frédéric Baldan

Unter den wenigen öffentlich angegebenen Lobbytreffen der FPÖ-Mandatar:innen finden sich 3 Treffen mit dem belgischen Lobbyisten Frédéric Baldan, der durch seine Klage gegen Ursula von der Leyen im Zusammenhang mit dem Vertrag mit dem Impfstoffhersteller Pfizer bekannt



wurde, sowie ein weiteres Treffen mit dessen Anwältin Diane Protat, die während der Covid-Pandemie durch impfkritische Positionen auffiel.

Mathias Corvinus Collegium

Darüber hinaus trafen die FPÖ-Mandatar:innen auch Lobbyisten des Mathias Corvinus Collegium (MCC), einer rechtskonservativen Denkfabrik mit Sitz in Budapest, die von der ungarischen Regierung finanziert wird und Ministerpräsident Viktor Orbán nahesteht. Die Einrichtung wird als Orbáns ‚Propagandaorgan‘ bezeichnet und soll eine neue patriotische Generation fördern³. Berichten zufolge erhielt die Stiftung ein Startkapital von einer Milliarde Euro, mehr als alle ungarischen Hochschulen zusammen, sowie weitere Mittel unter anderem aus Ertragsanteilen

des ungarischen Ölkonzerns MOL. Ziel der Stiftung ist der Aufbau eines rechten Netzwerks in Europa; zudem ist sie in Wien durch eine 90 %-Beteiligung am Vienna Institute for Global Studies (VIGS) vertreten.

Moishe Arye Friedmann

Auffällig ist ein Treffen des Abgeordneten Gerald Hauser mit Moishe Arye Friedmann, der sich selbst als „Oberrabbiner der Orthodoxen Antizionistischen Gemeinde Österreichs“ bezeichnet, aber weder von jüdischen Gemeinden anerkannt noch Teil offizieller religiöser Strukturen ist. Zudem trat Friedmann wiederholt in rechtsextremen und verschwörungsideologischen Kontexten auf und hatte in der Vergangenheit Verbindungen zur Holocaustleugner-Szene⁴.

³ <https://www.derstandard.at/story/3000000030783/orbanismus-am-kahlenberg-wie-eine-wiener-uni-an-das-ungarische-regime-geraet>

⁴ https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/neues-von-ganz-rechts/archiv/dezember-2006/holocaustleugner-konferenz-in-teheran-mit-oesterreichischer-beteiligung?utm_source=chatgpt.com

Lobbykontakte nach Bereichen

In einem weiteren Schritt können die Lobbykontakte der österreichischen EU-Abgeordneten nach Bereichen untersucht werden. Wir unterscheiden dabei nach wirtschaftlichen Interessenverbänden, einzelnen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, politischen Vertreter:innen, öffentlichen Einrichtungen, Arbeitnehmer:innen-Vertretungen und sonstigen Bereichen bzw. nicht klar zuordenbaren Organisationen oder Personen.

Wirtschaftliche Interessenverbände

Darunter verstehen wir Organisationen, die die wirtschaftlichen Interessen von Branchen, Betrieben oder Eigentümer:innen vertreten – etwa freiwillige Fach- und Handelsverbände sowie verpflichtende Körperschaften wie die Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer.

Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung zusammen machen mehr als ein Sechstel der 327 Meetings mit wirtschaftlichen Interessenverbänden aus. Weitere



häufige Gesprächspartner:innen vertreten die öffentliche Wirtschaft (VÖWG), den Einzel- und Großhandel (EuroCommerce), die Eisenbahnindustrie (UNIFE, ALLRAIL) oder die Elektrizitätswirtschaft (Eurelectric, Österreichs E-Wirtschaft). Unter den Akteur:innen, die mindestens dreimal von österreichischen EU-Abgeordneten getroffen wurden, befinden sich jedoch auch fossile bzw. rückwärtsgewandte Verbände wie EUROGAS oder die eFuel Alliance.

Wirtschaftliche Interessenverbände mit 3 oder mehr eingetragenen Meetings

40	Wirtschaftskammer Österreich (WKO)
17	Vereinigung der österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung - IV)
9	Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs (VÖWG)
6	EuroCommerce, UNIFE
5	Eurelectric, Landwirtschaftskammer Österreich, Österreichs E-Wirtschaft, The Brewers of Europe
4	EU DSO Entity (EUDE)
3	ALLRAIL, American Chamber of Commerce to the European Union, Austropapier, Copa-Cogeca, CropLife, eFuel Alliance, EUROGAS, FIFA, HOTREC, MPA

Einzel-Unternehmen

Darunter verstehen wir wirtschaftlich tätige Akteur:innen mit Gewinnerzielungsabsicht, sowohl privatwirtschaftliche Unternehmen als auch staatlich kontrollierte Betriebe mit marktnaher Struktur (z.B. ÖBB, Wiener Stadtwerke, Verbund). Zwar zählen letztere zu den am häufigsten getroffenen Unternehmen, insgesamt dominieren jedoch privatwirtschaftliche

Akteur:innen, darunter etwa der Tabakkonzern Philip Morris, das Big Tech-Unternehmen Apple, fossile Energiekonzerne wie Exxon Mobil und TotalEnergies sowie Pharmariesen wie Novartis und Bayer. Auch diese Unternehmen wurden innerhalb eines Jahres jeweils mindestens dreimal von österreichischen EU-Abgeordneten getroffen. Insgesamt fanden 296 Meetings mit Unternehmen statt.

Unternehmen mit 3 oder mehr eingetragenen Meetings	
15	ÖBB
11	Wiener Stadtwerke
6	Philip Morris, Verbund
5	Lidl
4	Alstom, Deutsche Bahn, Duracell, Enterprise Mobility, Novartis, OMV, ZF Group
3	Apple, Acea, BASF, Bayer, Casinos Austria, Exxon Mobile, Refurbed, TotalEnergies, Trainline, TUI, voestalpine

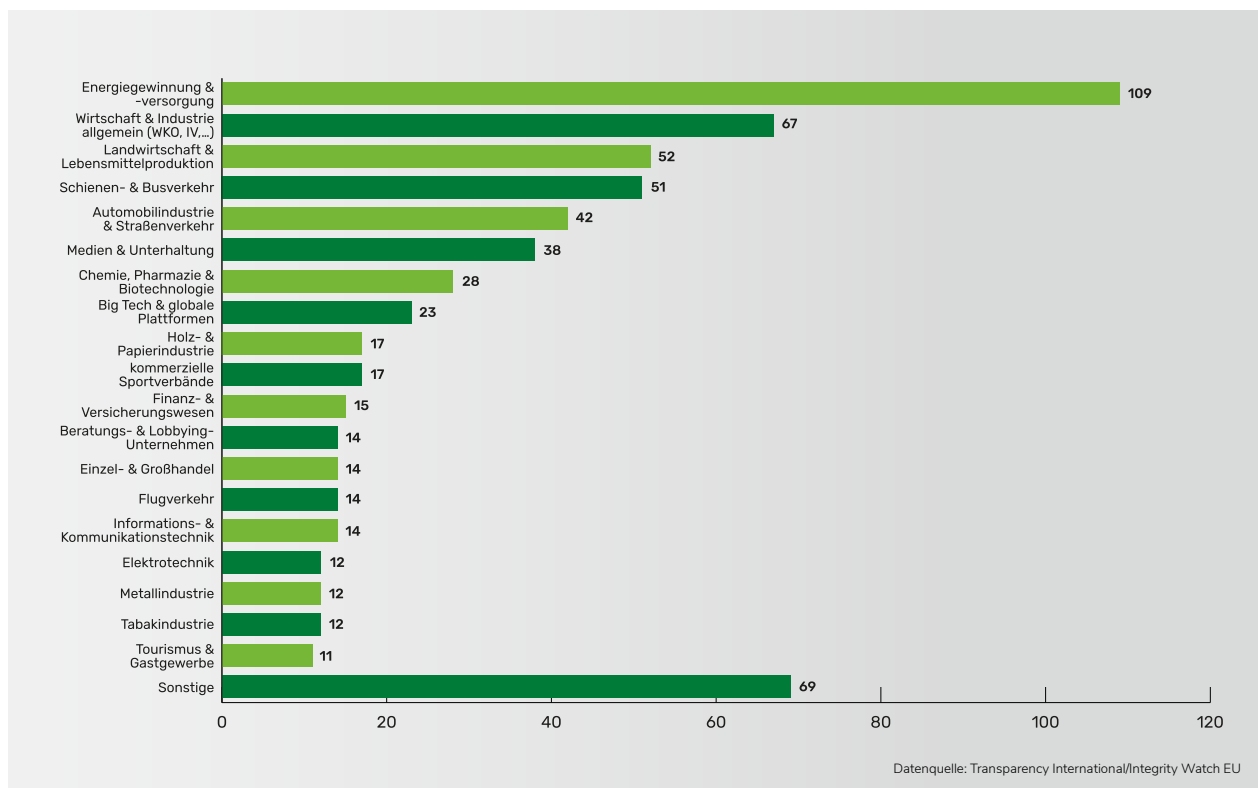


Abbildung 5: Anzahl der Lobby-Treffen von österreichischen EU-Abgeordneten mit wirtschaftlichen Interessenverbänden und Unternehmen nach Branchen im 1. Jahr der 10. Legislaturperiode (Juli 2024 bis Juli 2025, Stichtag: 06.08.2025)

Insgesamt gab es 623 Lobbytreffen zwischen österreichischen EU-Abgeordneten und Unternehmen bzw. wirtschaftlichen Interessenverbänden. Mit Abstand am stärksten vertreten war die Energiebranche mit über 100 Meetings (siehe Abb. 5), ein Großteil davon mit Vertreter:innen der fossilen Energiewirtschaft.

Deutlichen Einfluss üben mit jeweils mehr als 40 Treffen auch Akteur:innen aus der Landwirtschaft, der Eisenbahn- sowie der Automobilindustrie aus. Auffällig ist zudem die Präsenz von Big-Tech-Konzernen wie Apple, Google, Meta und Amazon (23 Meetings) sowie der Tabakindustrie. Diese ist mit 12 Treffen sogar doppelt so häufig vertreten wie etwa der Österreichische Gemeindebund.

Treffen mit der fossilen Energiewirtschaft

Im EU-Parlament ist auch die fossile Energiewirtschaft mit zahlreichen Lobbyist:innen aktiv. Als fossile Energiewirtschaft im engeren Sinne gelten hier sowohl Öl- und Gaskonzerne als auch Unternehmen, die Infrastruktur für die Verteilung zur Verfügung stellen. Im Untersuchungszeitraum wurden 19 Treffen zwischen österreichischen Abgeordneten und fossilen Konzer-

nen dokumentiert. Zwei betrafen FPÖ und SPÖ-Abgeordnete, die übrigen 15 Treffen Vertreter:innen der ÖVP. Allerdings dokumentiert die FPÖ generell nur sehr wenige Treffen (siehe Seite 9).

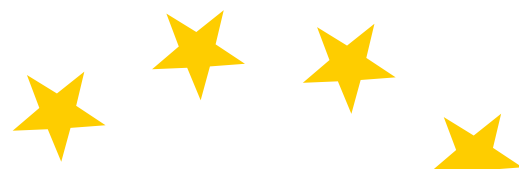
Die häufigsten Kontakte gab es mit der OMV (4-mal ÖVP), Exxon Mobile (3-mal ÖVP), Total Energies (2-mal ÖVP, einmal SPÖ) sowie EUROGAS, dem Verband der europäischen Gasindustrie (3-mal ÖVP). Häufig bleibt offen, worüber gesprochen wurde, oder die Angaben sind sehr vage. Genannt werden etwa Energiepolitik, Omnibus, Clean Industrial Deal oder Sustainable Aviation Fuels.

Deutlich wird damit, welche Ansprechpartner:innen sich die fossile Energiewirtschaft sucht, um ihre Interessen durchzusetzen: vor allem ÖVP-EU-Abgeordnete, mit denen die meisten Treffen stattfinden.

Von FPÖ und SPÖ sind jeweils 2 Treffen mit der fossilen Energiewirtschaft dokumentiert; für die Grünen und die NEOS liegen keine Treffen im engeren Sinne vor.

Zivilgesellschaftliche Organisationen

Dieser Bereich umfasst nicht-staatliche, nicht-gewinnorientierte Organisationen, die gesellschaftliche, soziale oder politische Anliegen vertreten. Unter den Organisationen mit den meisten Treffen dominieren zwar Akteur:innen aus Klima-, Umwelt- und Naturschutz (u. a. Transport & Environment, EU-Umweltbüro, Climate Action Network, WWF), die größte Gruppe bilden jedoch Organisationen aus Demokratie, Menschenrechten und humanitärer Hilfe (z. B. Amnesty International, Kvinna till Kvinna) mit 110



von insgesamt 271 Treffen (siehe Abb. 6). An zweiter Stelle stehen Tierschutzorganisationen wie Vier Pfoten. Jeweils 3 Meetings verzeichneten zudem BEUC (Verbraucherschutz) und Europa Nostra (Denkmalschutz), die keiner der genannten Kategorien zuzuordnen sind.



Zivilgesellschaftliche Organisationen mit 3 oder mehr eingetragenen Meetings	
12	Transport & Environment
10	European Environmental Bureau (EU-Umweltbüro)
8	Climate Action Network
7	Amnesty International, VIER PFOTEN
5	WWF
4	The Kvinna till Kvinna Foundation
3	BEUC (Europäischer Verbraucherverband), ECPAT, Eurogroup for Animals, Europa Nostra, Greenpeace

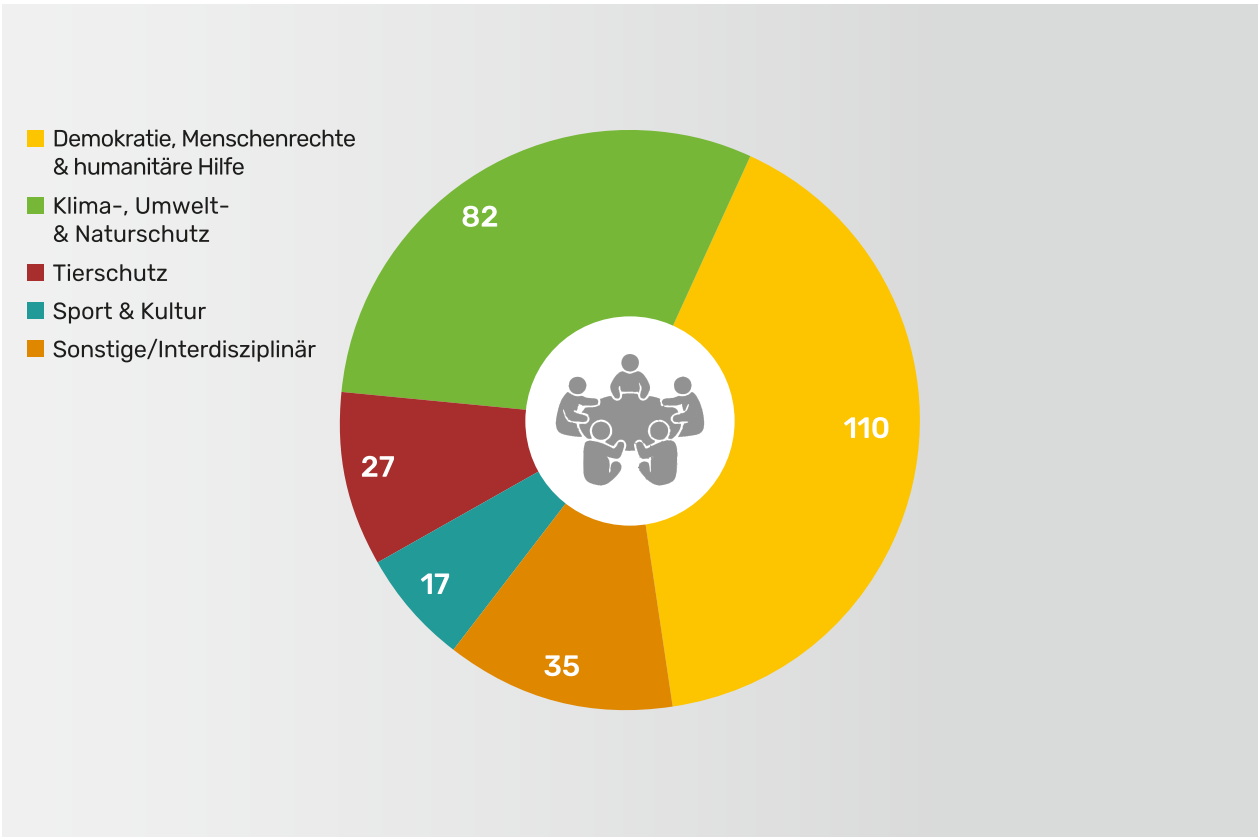


Abbildung 6: Anzahl der Lobby-Treffen von österreichischen EU-Abgeordneten mit zivilgesellschaftlichen Organisationen nach primären Themenfeldern im 1. Jahr der 10. Legislaturperiode (Juli 2024 bis Juli 2025, Stichtag: 06.08.2025)

Politische Vertreter:innen

Die vierte große Gruppe bilden politische Vertreter:innen mit insgesamt 223 Meetings. Den größten Anteil stellen Vertreter:innen von EU-Beitrittskandidaten (77), vor allem Montenegro (24), Nordmazedonien (22) und Serbien (15). Häufig getroffen wurden zudem Vertreter:innen der EU (19), der Golfstaaten (18), Israels (16), Österreichs (16) und Chinas (13). Thematisch dominierten EU-Beitrittsverhandlungen, Handelsbeziehungen und die Lage im Mittleren Osten.

Öffentliche Einrichtungen

Von den 61 Treffen österreichischer EU-Abgeordneter mit öffentlichen Einrich-

tungen entfielen die meisten auf UN- (13) und EU-Einrichtungen (12). Relativ häufig vertreten waren auch Rundfunkanstalten (8). Mit dem Österreichischen Gemeindebund gab es 6 Treffen.

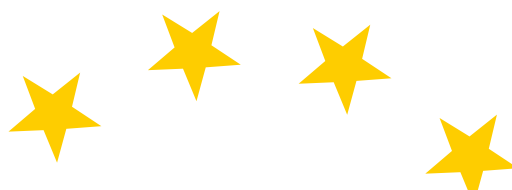
Arbeitnehmer:innen-Vertretungen

Von den 40 Treffen österreichischer EU-Abgeordneter mit Arbeitnehmer:innen-Vertretungen entfielen mehr als die Hälfte auf die Arbeiterkammer (16) und den Österreichischen Gewerkschaftsbund (7); die übrigen betrafen vor allem europäische Gewerkschaftsverbände.

Weitere Bereiche	Meetings	Meiste Meetings
Netzwerke, Plattformen & Foren	29	European Leadership Network (4)
Einzelpersonen	20	Frédéric Baldan (3)
Politische Stiftungen & Think Tanks	19	Konrad-Adenauer-Stiftung, The Heartland Institute (je 5)
Forschungseinrichtungen	16	AIT Austrian Institute Of Technology (4)
Berufsständische Kammern	11	Notariatskammer (8)
Religiöse Einrichtungen	10	Jüdischer Weltkongress (2)
Automobilclubs	8	ÖAMTC (8)
unbekannt	7	-

Ein Vergleich der Lobby-Meetings mit Vertreter:innen wirtschaftlicher Interessen und zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zeigt ein deutliches Ungleichgewicht: Fast die Hälfte (rund 47 %) der von österreichischen EU-Abgeordneten gemeldeten Treffen entfällt auf Unternehmen und

Wirtschaftsverbände. Damit werden diese doppelt so häufig getroffen wie zivilgesellschaftliche Organisationen und Arbeitnehmer:innen-Vertretungen zusammen (siehe Abb. 7). Im EU-Parlament dominieren somit klar wirtschaftliche Interessen.



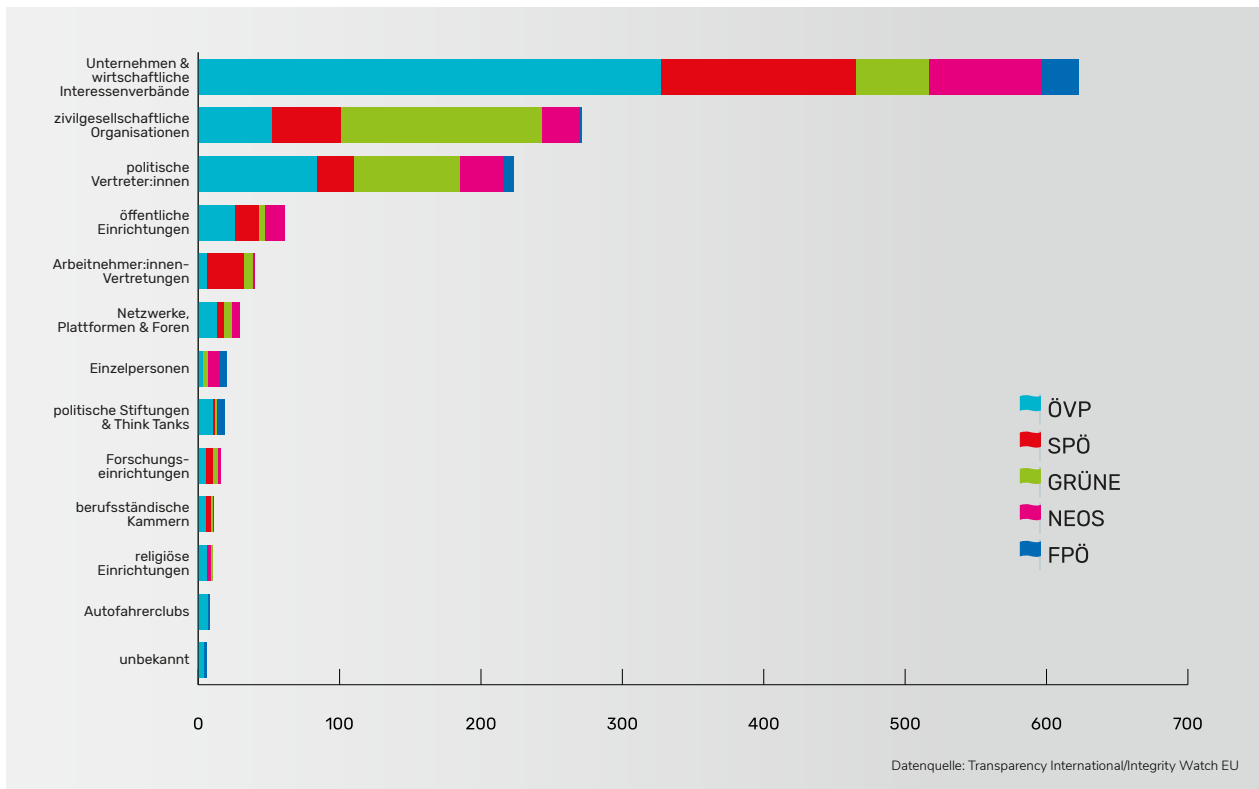


Abbildung 7: Anzahl der Lobby-Treffen von österreichischen EU-Abgeordneten nach Lobby-Kategorien im 1. Jahr der 10. Legislaturperiode (Juli 2024 bis Juli 2025, Stichtag: 06.08.2025)

Die Grafik verdeutlicht erneut die Nähe der ÖVP zu wirtschaftlichen Akteur:innen: Allein ihre Treffen mit Wirtschaftsvertreter:innen übersteigen die Gesamtzahl der Kontakte aller Parteien mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Arbeitnehmer:innen-Vertretungen. Auch bei

FPÖ und NEOS zeigt sich eine Präferenz zu Gesprächspartner:innen aus der Wirtschaft. Treffen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen entfallen hingegen überwiegend auf die Grünen, jene mit Arbeitnehmer:innen-Vertretungen vor allem auf die SPÖ.



Abstimmungsverhalten

Der Einfluss wirtschaftlicher Lobbygruppen, der fossilen Energiewirtschaft und jener Akteur:innen, die Umweltstandards schwächen wollen, zeigte sich im Abstimmungsverhalten der österreichischen EU-

Abgeordneten im vergangenen Jahr deutlich. Exemplarisch lassen sich drei zentrale Entscheidungen im EU-Parlament nennen: die Abstimmungen zur Entwaldungsverordnung, zum Lieferkettengesetz und zu den CO₂-Grenzwerten für die Automobilindustrie.

Abstimmungsverhalten österreichischer EU-Abgeordneter

Legende: J – ja, dafür; N – nein, dagegen; E – enthalten; A – abwesend		ÖVP					SPÖ					GRÜNE		NEOS		FPÖ					
Abstimmungen im EU Parlament:	Abstimmungsgesamtergebnis	Bernhuber	Kircher	Lopatka	Mandl	Winzing	Grossmann	Heide	Regner	Schiedler	Sidl	Schilling	Waitz	Brandstätter	Stürgh	Dieringer	Haider	Hauser	Mayer	Steger	Vilimsky
Dezember 2024: Verzögerung der EU-Entwaldungsverordnung	J 546 N 97 E 7	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	A
April 2025: Aufschiebung von Lieferkettengesetz und Nachhaltigkeitsberichterstattung	J 531 N 69 E 17	J	J	J	A	J	E	J	E	J	E	E	E	J	J	N	N	N	N	N	N
Mai 2025: Aufweichung von Emissionsvorschriften der Autoindustrie	J 458 N 101 E 14	J	A	J	A	J	J	J	J	J	J	N	N	A	J	J	J	J	J	J	J



Dezember 2024: Abstimmung zur Entwaldungsverordnung

Die EU-Entwaldungsverordnung zielt darauf ab, Waldschädigung, Rodung und die Vertreibung lokaler Bevölkerung zu verhindern. Die Unterstützung für ein Ende der Entwaldung ist in Österreich anhaltend hoch, wie zwei Umfragen im Auftrag von Südwind zeigen. So befürworteten im Jahr 2022 83 % der Befragten ein Waldschutzgesetz, das Unternehmen verbietet, Waren aus waldschädigendem Anbau zu verkaufen.⁵ Im November 2024, wenige

Wochen vor der letzten Abstimmung im EU-Parlament, gaben 81 % an, dass ihnen die EU-Waldschutzverordnung „ziemlich wichtig“ oder „sehr wichtig“ sei.

Im Dezember 2024 sprach sich das EU-Parlament dennoch für eine Verschiebung der Entwaldungsverordnung aus und verzögerte damit die Umsetzung. Unterstützt wurde dies von den meisten österreichischen EU-Abgeordneten. Vertreter:innen von FPÖ, ÖVP, SPÖ und NEOS befürworteten das Vorhaben, lediglich die Grünen stimmten dagegen. Der Antrag auf Verschiebung wurde vom EU-Parlament schließlich mehrheitlich angenommen.

Im Transparenzregister sind sieben Treffen österreichischer EU-Abgeordneter zum Thema Entwaldung vermerkt: 6 von der ÖVP, 1 von den Grünen. Auffällig ist, dass ausschließlich Vertreter:innen der Holz- und Papierindustrie sowie der Landwirtschaft eingeladen wurden – nicht jedoch Wissenschaft oder Zivilgesellschaft. Zu den Akteure:innen zählten etwa Austropapier⁶, die Swedish Forest Industries Federation⁷ oder der Waldverband Österreich⁸, die von Mandatar:innen der ÖVP getroffen wurden – vor allem von Alexander Bernhuber, Mitglied im Umweltausschuss⁹ (ENVI). Alle diese Verbände hatten sich im Vorfeld gegen die Entwaldungsverordnung positioniert, der Waldverband sogar mit einer eigenen Petition.¹⁰ Die Forderung der Forstwirtschaft nach einer

Verschiebung spiegelte sich im Abstimmungsverhalten wider.

Die Landwirtschaftskammer Steiermark traf sich mit den Grünen. Auch die Landwirtschaftskammer Österreich unterstützte zuvor ein Verbändeschreiben, das die Entwaldungsverordnung kritisierte. Dennoch stimmten die Grünen als einzige gegen den Vorschlag, die Verordnung zu verzögern.

Von FPÖ-, SPÖ- und NEOS-Mandatar:innen sind im Transparenzregister keine Treffen zum Thema Entwaldung dokumentiert.

Eine Verschiebung bedeutet zwar noch keine Aufweichung oder Absage, doch hinter den Kulissen wird weiter lobbyiert, um die Verzögerung für eine Schwächung zu nutzen. Das Thema dürfte die österreichischen Abgeordneten daher auch künftig beschäftigen.

April 2025: Abstimmung zu Lieferkettengesetz & Nachhaltigkeitsberichterstattung

Ziel des Lieferkettengesetzes (CSDDD) ist es, entlang globaler Lieferketten hohe Umwelt- und Menschenrechtsstandards sicherzustellen. Durch erweiterte Nachhaltigkeitsberichterstattung sollen ökologischere Produkte und eine stärkere Orientierung an der Kreislaufwirtschaft gefördert werden.

5 vgl. Südwind (2022): <https://www.suedwind.at/neue-umfrage-83-prozent-der-oesterreicherinnen-fuer-ein-verbot-von-produkten-aus-waldzerstoerung/> dl. 20.8.25

6 vgl.: <https://www.euwid-verpackung.de/news/markt/austropapier-eu-entwaldungsverordnung-schafft-unnoetige-probleme-wo-keine-sind-270924/> und <https://www.euwid-papier.de/news/markt/kritik-an-der-eudr-eu-lehnt-forderungen-der-papierindustrie-nach-einer-verschiebung-ab-170724/>

7 vgl.: <https://www.forestindustries.se/news/latest-news/2024/12/a-positive-agreement-on-the-eu-deforestation-regulation/>

8 vgl. https://www.forstholzpapier.at/images/EUDR-Verba_ndeschreiben_an_EU-Parlamentarier_innen_18.09.2024_1.pdf

9 Committee on the Environment, Climate and Food Safety

10 vgl.: <https://www.holzbauaustria.at/news/2024/12/petition-zur-entwaldungsverordnung.html>

In der Bevölkerung fand die Ausarbeitung des CSDDD breite Unterstützung. In Österreich stimmten 86 % der Aussage zu, dass Unternehmen, die weltweit Menschenrechtsverletzungen oder Umweltzerstörung verursachen oder daran mitwirken, rechtlich haftbar gemacht werden sollen. Europaweit zeigte sich eine ähnlich hohe Zustimmung.¹¹

Nach langem Ringen wurde das Lieferkettengesetz im Frühjahr 2024 trotz massivem Widerstands von Wirtschaftsvertreter:innen beschlossen. Bereits ein Jahr später stimmte das EU-Parlament jedoch auf Vorschlag der EU-Kommission für ein späteres Inkrafttreten – auch mit den Stimmen österreichischer EU-Abgeordneter.

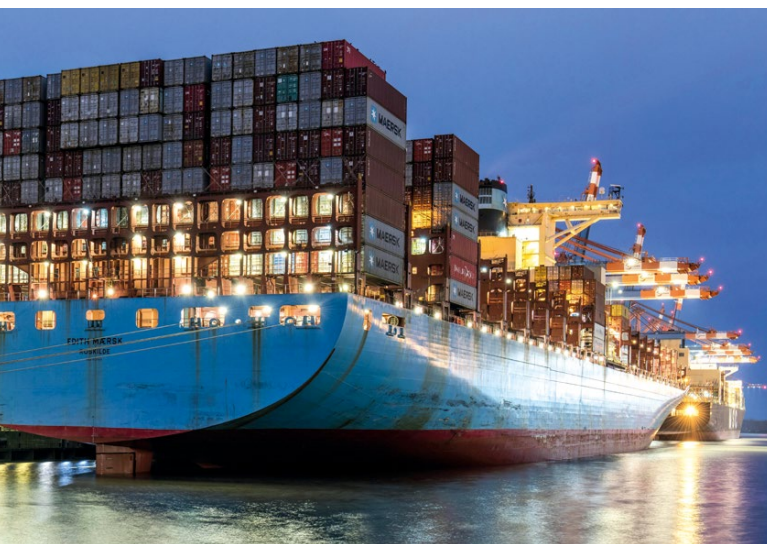
Für die Verzögerung („Stop the clock“) votierten die österreichischen Abgeordneten von ÖVP und NEOS sowie zwei Abgeordnete der SPÖ. Der Antrag wurde

mit Mehrheit angenommen.¹² Geprägt war das Ergebnis vom Druck der Wirtschaft und von neuen Mehrheitsverhältnissen im EU-Parlament, die es ermöglichen, dass die EPP (Konservative) mit extrem rechten Parteien (PfE, etc.) gemeinsam eine Mehrheit bilden. Aus Sorge vor dieser Konstellation enthielten sich sogar Parteien wie die Grünen, die das Lieferkettengesetz grundsätzlich befürworten, aber einen schlimmeren Kompromiss zwischen EPP und ECR verhindern wollten. Die FPÖ stimmte gegen die Verschiebung, weil ihr das nicht weit genug geht und sie eine ersatzlose Streichung des Lieferkettengesetzes vorschlägt.

Im Vorfeld war rege Lobbytätigkeit sichtbar. Die Verzögerung und Verwässerung des Lieferkettengesetzes lief unter dem Titel Omnibuspaket. Im Untersuchungszeitraum sind insgesamt 19 Treffen dazu dokumentiert. Unter diesem Titel bereitet die EU-Kommission derzeit Gesetzgebungspakete vor, mit denen bestehende Regularien verzögert oder abgeschwächt werden – präsentiert allerdings unter den Bezeichnungen „Vereinfachung“ und „Bürokratieabbau“.

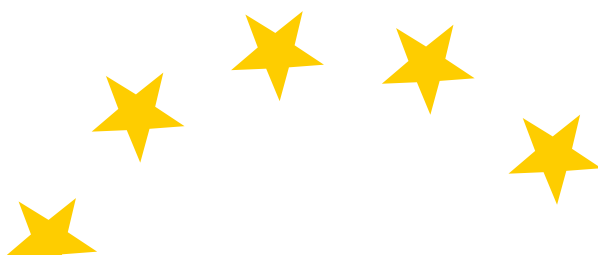
Unter den dokumentierten Treffen fallen 4 auf die Grünen und 15 auf die ÖVP, wobei auf ÖVP-Seite ausschließlich Lukas Mandl getroffen wurde.

Bei den Grünen suchten hingegen sowohl Wirtschaftsvertreter:innen als auch zivilgesellschaftliche und politische Akteur:innen das Gespräch.



11 vgl.: NeSoVe Umfrage zum Lieferkettengesetz. <https://www.nesove.at/neue-umfrage/> (dl. 20.8.25)

12 vgl.: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/PV-10-2024-12-17-RCV_DE.html#171182#965076



Bei der ÖVP fand lediglich ein Treffen mit einem zivilgesellschaftlichen Akteur statt; ansonsten tauchen ausschließlich Unternehmen und wirtschaftliche Interessenvertretungen auf. Am häufigsten Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung – beide erklärten sich ausdrücklich kritisch zum Lieferkettengesetz. Lukas Mandl sprach danach sogar davon, Lieferkettengesetz und Nachhaltigkeitsberichtserstattung „die Giftzähne zu ziehen.“¹³

Von FPÖ, SPÖ und NEOS sind keine Treffen zum Omnibuspaket dokumentiert.

In der Abstimmung stimmte die ÖVP neben den NEOS de facto geschlossen (mit nur einer Abwesenheit) für die Verschiebung des Lieferkettengesetzes – im Einklang mit den Interessen der zuvor getroffenen Lobbyisten.

Neben dem Lobbying im EU-Parlament wurde auch die EU-Kommission stark bearbeitet, ihre Vorschläge abzuschwächen – schließlich brachte sie selbst den Aufschub ein. Erst kürzlich hat der A&W-Blog der Arbeiterkammer Wien mit Unterstützung der Plattform Integrity Watch analysiert, wer Einfluss auf das Gesetzgebungsverfahren zur EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) genommen hat¹⁴. Auch hier zeigte sich das gleiche Ungleichgewicht: Der Großteil der Lobby-Meetings der EU-Kommission fand mit Wirtschaftsverbänden, Unternehmenslobbys oder Einzelkonzernen statt, während Treffen mit NGOs oder Gewerkschaften selten blieben. Dieses Übergewicht wirtschaftlicher

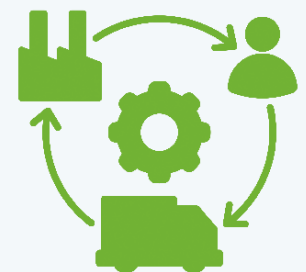
Interessen spiegelt sich also nicht nur im EU-Parlament, sondern auch in der Kommission wider, die Vorschläge erarbeitet und die Agenda setzt.

Auch beim Lieferkettengesetz wurde ein Aufschub beschlossen. Doch hinter den Kulissen wird weiter an Aufweichungen gearbeitet. Es bleibt offen, ob sich österreichische EU-Abgeordnete künftig stärker an der breiten Unterstützung in der Bevölkerung orientieren – oder weiterhin überwiegend den Interessen von Teilen der Wirtschaft folgen.

Mai 2025: Abstimmung zu Emissionsvorschriften der Autoindustrie

Die CO₂-Flottenziele der EU haben das Ziel, den Mobilitätssektor Schritt für Schritt CO₂-frei zu machen. Um Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen, wurde beschlossen, ab 2035 keine Neuwagen mehr zuzulassen, die im Betrieb CO₂ ausstoßen. Angesichts der Lebensdauer von Fahrzeugen ist dies ohnehin ein sehr später Zeitpunkt. Der Beschluss ist zentral, weil er Planungssicherheit für den Aufbau alternativer Mobilitätsformen schafft.

Das Aus für Verbrennungsmotoren wird in der Bevölkerung jedoch sehr unterschiedlich wahrgenommen. In einer Umfrage aus Deutschland zeigt sich, dass zwar die Mehrheit für ein Verbot ist, viele den Zeitpunkt jedoch als zu früh empfinden.¹⁵ Auch



¹³ vgl.: <https://www.eppgroup.eu/de/was-wir-tun/with-eu-countries/oesterreich/mandl-und-winzig-fuer-entbuerokratiesierung-bei-lieferkette>

¹⁴ vgl.: <https://www.awblog.at/Wirtschaft/Omnibus-EU-Schutzvorschriften>

¹⁵ vgl.: Spiegel (2025): Mehrheit für ein Verbrennerverbot, aber nicht unbedingt ab 2035-a-a3e0c2c2-623c-4cc4-a2e7-33016c97e1df
verbrenner-mehrheit-in-deutschland-unterstuetzt-verbot-aber-nicht-unbedingt-ab-2035-a-a3e0c2c2-623c-4cc4-a2e7-33016c97e1df



in Österreich herrscht Skepsis, wenngleich die Zahl der Befürworter:innen tendenziell steigt – besonders bei jüngeren Befragten, während die Ablehnung mit höherem Alter zunimmt. Gerade hier wäre es wichtig, dass Politiker:innen wissenschaftsbasiert argumentieren und Verlässlichkeit schaffen.

Doch das Gegenteil ist der Fall: Im Mai 2025 wurden die CO₂-Emissionsvorschriften für die europäische Automobilindustrie mit dem Argument gelockert, ihr mehr Zeit zur Einhaltung der CO₂-Grenzwerte zu geben – und das mitten im Jahr der Zielerfüllung. Damit sinkt der Druck, umweltfreundlichere Fahrzeuge zu erschwinglichen Preisen anzubieten. Benachteiligt werden jene, die bereits investiert und sich auf die Vorgaben eingestellt haben.

Auch österreichische EU-Abgeordnete wurden im Vorfeld intensiv anlobbiiert. Laut Transparenzregister fanden im Untersuchungszeitraum 21 Treffen zum Thema „Vehicle Emission Targets“ statt – allesamt dokumentiert von Sophia Kircher (ÖVP), stellvertretende Vorsitzende des Transportausschuss (TRAN)¹⁶, die damit eine zentrale Rolle in der Diskussion einnimmt.

Getroffen wurden ausschließlich Wirtschaftsvertreter:innen wie der Verband der Automobilindustrie oder Autohersteller wie Mazda und Toyota. Die häufigsten Treffen fanden mit der Wirtschaftskammer, dem ÖAMTC und INEOS, einem britischen Chemiekonzern, der auch fossile Energie produziert, statt. Bereits zuvor hatte die Wirtschaftskammer „realistischere Flottenziele“¹⁷ gefordert. Der ÖAMTC¹⁸ sprach sich in der Vergangenheit gegen das Auslaufen des Verbrennungsmotors aus und befürwortet stattdessen den Einsatz von Agrotreibstoffen und E-Fuels.

Agrofuels haben sich bislang als ökologisch problematisch und mengenmäßig untauglich erwiesen, um eine größere Rolle zu spielen. E-Fuels werden von Expert:innen als teuer, ineffizient und kaum verfügbar eingeschätzt und häufig von Vertreter:innen der fossilen Energiewirtschaft ins Spiel gebracht. Von FPÖ, SPÖ,

¹⁶ Committee on Transport and Tourism

¹⁷ vgl. <https://www.fahrzeugindustrie.at/news/detail/wkoe-fahrzeugindustrie-und-automobilimporteure-draengen-auf-impulse-fuer-die-automobilwirtschaft/>

¹⁸ vgl.: <https://www.oeamtc.at/mitgliedschaft/leistungen/konsumentenschutz-mitgliederinteressen/verbrenner-verbot-ab-2035-nicht-zu-ende-gedacht-55342985#:~:text=Klimaziele%20allein%20mit%20E%2DMobilit%C3%A4t%20nicht%20erreichbar.&text=Die%20EU%2DStaaten%20und%20das,ein%20Verbot%20f%C3%BCr%20Verbrennungsmotoren%20beschlossen.>

<https://www.oeamtc.at/presse/oamtc-zu-co2-reduktions-ziel-fuer-2025-waere-mehr-drin-gewesen-29085603>

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20241129_OTS0017/oamtc-zu-review-der-flottenziele-nicht-schon-wieder-auf-die-konsumentinnen-vergessen

NEOS und den Grünen sind keine Treffen zu den CO₂-Flottenzielen dokumentiert.

Letztlich stimmten im EU-Parlament alle österreichischen Abgeordneten außer den Grünen für die Aufweichung der Berechnungsmethode der CO₂-Flottenziele. Der

Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Derzeit setzen sich Wirtschaftslobbyist:innen für eine Aufschiebung oder Abschaffung des Verbrennerverbots für Neuwagen ab 2035 ein – die Debatte ist also weiterhin offen.

Abschließende Bewertung von GLOBAL 2000:



Treffen mit Interessenvertretungen sind vor wichtigen Abstimmungen legitim und dienen der Meinungsbildung. Die Beispiele zeigen jedoch, dass bei Abstimmungen zu Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz und Transformation österreichische EU-Abgeordnete vor allem wirtschaftlichen Interessen Gehör schenken. Andere Meinungen und Akteur:innen werden oft nicht ausgewogen berücksichtigt, was zu einer deutlichen Schlagseite zugunsten von Wirtschafts- und Industrievertreter:innen führt.

Vor der Abstimmung über die Verschiebung der Entwaldungsverordnung pflegte man engen Kontakt zur Holz- und Forstwirtschaft. Bei der Aufweichung der CO₂-Flottenziele für PKW dominierten die Autoindustrie und ihre Teilorganisationen die Lobbygespräche. Bei der Aufschiebung des Lieferkettengesetzes traten Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung besonders stark in Erscheinung.

Da vermutlich nicht alle Treffen dokumentiert sind – insbesondere die FPÖ dokumentiert kaum – ist dieses Bild mit Sicherheit unvollständig. Insgesamt zeigt sich jedoch: Auf europäischer Ebene werden nicht alle Interessen gleich stark gehört. Wirtschaft, Industrie, Automobilsektor und fossile Energiewirtschaft sind überproportional vertreten, während Wissenschaft, Arbeitnehmer:innenvertretungen und Zivilgesellschaft vergleichsweise weniger Gehör finden. Ein wesentlicher Grund liegt darin, dass zivilgesellschaftliche Akteur:innen meist nicht über die Ressourcen verfügen, ausreichend Personal für politische Arbeit einzusetzen. Für mehr Ausgewogenheit zu sorgen, ist folglich ein entscheidender Schritt hin zu fairer politischer Teilhabe.





GESETZLICHER RAHMEN AUF EU-EBENE

Die EU-Transparenzregelungen sollen Einblick in politische Entscheidungsprozesse geben und die Einflussnahme durch Interessenvertreter:innen gegenüber den EU-Institutionen – insbesondere Parlament, Kommission und Rat – offenlegen. Artikel 10 des Vertrags über die EU schreibt vor, dass die Entscheidungsfindung offen und bürger:innennah erfolgen soll. Daher wurden für EU-Kommission und -Parlament Transparenzregeln erlassen.

Ein zentrales Instrument ist das EU-Transparenzregister, das im Jahr 2011 eingeführt wurde. Dabei handelt es sich um eine öffentliche Datenbank, in der Unternehmen, Organisationen und Einzelpersonen erfasst sind, die versuchen, Einfluss

auf Politik und Gesetzgebung der EU zu nehmen. Die Registrierung ist freiwillig, für bestimmte Tätigkeiten jedoch verpflichtend: Ohne Registrierung erhalten Interessenvertreter:innen im EU-Parlament keine Plattform.

Die Registrierung im Transparenzregister ist Voraussetzung für:

- den Zugang zum Europäischen Parlament,
- Einladungen als Redner:in oder Teilnehmer:in in Ausschüssen,
- die Teilnahme an interfraktionellen Arbeitsgruppen,
- die Teilnahme an Konsultationen,
- Treffen mit Führungskräften der EU-Kommission.

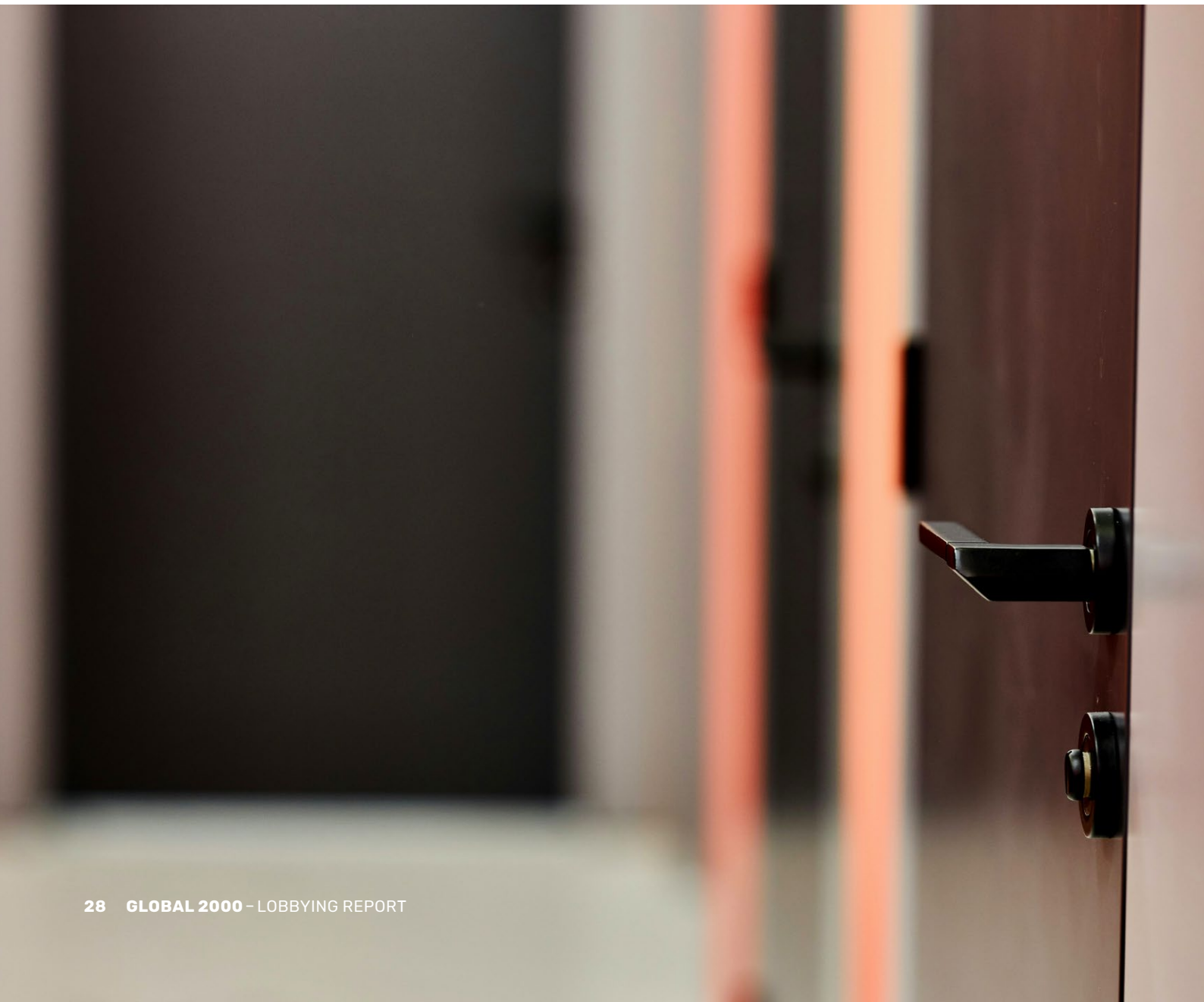
Erfasst werden sowohl Unternehmen und Interessenvertretungen als auch zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Register müssen u. a. Angaben zu Tätigkeiten, Interessen und Zielen gemacht werden. Zusätzlich werden Informationen über die Teilnahme an Konsultationen gesammelt, und es wird ein Jahresbericht über das Funktionieren des Registers veröffentlicht.

Neben dem Transparenzregister gelten auch spezifische Regelungen zum Umgang mit Lobbytreffen, die je nach Institution unterschiedlich sind:

- **Europäische Kommission:** Kommissar:innen, Kabinettsmitglieder, Generaldirektor:innen und Führungskräfte bis zur Referatsleiter:innenebene müssen alle Treffen mit registrierten Interessenvertreter:innen offenlegen. Die Angaben müssen Datum, Ort, Name der Interessenvertretung und detaillierte Inhalte des Treffens enthalten, einschließlich zentraler Gesprächsthemen, vorgebrachter Standpunkte und ggf. Schlussfolgerungen. Diese Informationen werden in einer zentralen Online-Datenbank veröffentlicht.
- **Europäisches Parlament:** Alle Abgeordneten müssen Lobbytreffen, einschließlich Datum, Organisation und Gesprächsthema, auf der Parlamentswebsite offenlegen, sofern sie im Rahmen ihrer parlamentarischen Tätigkeit stattfinden. Treffen sollen nur mit im Transparenzregister erfassten Interessenvertreter:innen erfolgen.
- **Rat der EU:** Derzeit ist der Rat nicht umfassend in das Transparenzsystem eingebunden. Treffen zwischen Interessenvertreter:innen und Ratsvertreter:innen müssen bislang nicht systematisch veröffentlicht werden.

LOBBY-INTRANSPARENZ IN ÖSTERREICH

Im Vergleich zu den EU-Regelungen fällt auf, dass Österreichs Politik von starker Intransparenz geprägt ist. Die Eintragung ins Lobby- und Interessenvertretungsregister ist nicht Voraussetzung für die Teilnahme an politischen Prozessen. Das österreichische Lobbying-Gesetz sieht lediglich vor, dass ein Register eingeführt wird, das vom Justizministerium betreut wird. Personen und Organisationen, die Lobbying betreiben, werden darin erfasst, jedoch gibt es keine Transparenz über deren tatsächliche Tätigkeit.

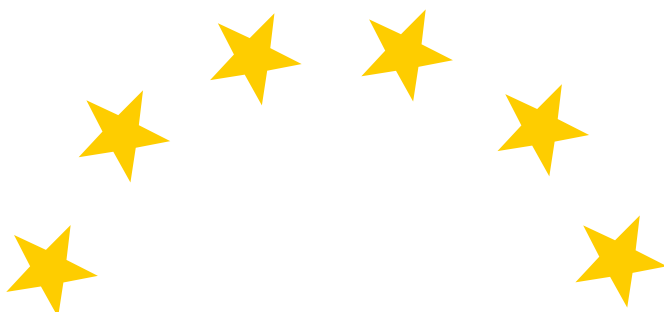


Aus Sicht von GLOBAL 2000 sind die wesentlichen Mängel:



- Die Eintragung ist nicht erforderlich für den Zugang zum Parlament oder für Treffen mit Ministeriumsführung.
- Nationalratsabgeordnete und Ministeriumsführung sind nicht verpflichtet, offenzulegen, welche Interessenvertreter:innen sie treffen; Informationen zu Inhalt und Häufigkeit der Gespräche fehlen.
- Es gibt keine Verknüpfung zwischen Register und tatsächlichen Lobby-Aktivitäten. Beispielsweise könnten Stellungnahmen oder Eingaben bei Gesetzgebungsverfahren im Register erfasst werden, wie es im EU-Transparenzregister der Fall ist.
- Ein allgemeiner Verhaltenskodex existiert nicht. Lobby-Unternehmen müssen zwar einen Kodex erstellen, tun dies aber selbst.
- Die Höhe der eingesetzten Mittel wird nicht offengelegt; lediglich eine Schwelle von 100.000 EUR wird erfasst.
- Öffentliche Berichte über Wirkungsweise, Einhaltung oder Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Registers fehlen.

In seiner derzeitigen Form ist das Lobbying- und Interessenvertretungsregister in Österreich wirkungslos und dient nur der Erfüllung formaler Pflichten. Es liefert keine Aussage über Umfang oder Ausrichtung von Lobbying und damit besitzt daher auch keine politische Relevanz. Für Transparenz im österreichischen Lobbywesen sind dringend Reformen erforderlich.





SCHLUSS- FOLGERUNGEN

Die Analyse zeigt, dass Lobbying auf EU-Ebene stark von Wirtschaftsinteressen geprägt ist und auch vor österreichischen EU-Abgeordneten nicht halt macht. Zum generellen Übergewicht von Wirtschaft und Unternehmen kommen fossile Energiewirtschaft, Tabakindustrie und Klimaleugner:innen dazu, die ebenfalls Einfluss auf österreichische Abgeordnete ausüben. Gleichzeitig berichten viele österreichische EU-Abgeordnete relativ transparent über ihre Lobby-Treffen, manche nehmen diese Verpflichtung jedoch nicht ernst. Besonders negativ fällt die FPÖ auf, wo einzelne Abgeordnete gar nicht berichten.

Die Abstimmungsergebnisse des letzten Jahres zeigen, dass Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen verzögert und abgeschwächt wurden, ohne dass wesentliche Schritte zur Stärkung ergriffen wurden. Dies ist kein Zufall, sondern Teil eines generellen Trends auf EU-Ebene, der sich

auch in der EU-Kommission widerspiegelt. Über sogenannte „Omnibus-Pakete“ werden Errungenschaften der letzten Jahre unter dem Deckmantel von „Vereinfachung“ und „Entbürokratisierung“ gefährdet. Weitere Abstimmungen zu Aufweichungen und Verzögerungen sind daher zu erwarten, was Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards bedroht. Einflussreiche Wirtschaftslobbys treiben diese Entwicklung voran. Zugleich wird das Engagement der Zivilgesellschaft gezielt diskreditiert, um ihren Einfluss zurückzudrängen. Haupttreiber dieser Kampagne sind die konservative Fraktion der EPP, der auch die ÖVP angehört, sowie extrem rechte Fraktionen, darunter die FPÖ.

Während auf EU-Ebene mittlerweile ein beachtliches Maß an Transparenz beim Lobbying erreicht wurde, herrscht in Österreich weiterhin völlige Intransparenz.

Aus Sicht von GLOBAL 2000 sollten folgende Schritte auf EU- und österreichischer Ebene umgesetzt werden:



1. Alle österreichischen EU-Abgeordneten sollen die Regeln einhalten und ihre Treffen vollständig und transparent bekanntgeben – die „EU-Hausordnung“ gilt für alle.
2. Bei der Meinungsbildung sollten Abgeordnete und Parteien nicht ausschließlich Wirtschaftsinteressen berücksichtigen, sondern auch Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Arbeitnehmer:innenvertretungen angemessen einbeziehen. Dafür ist es notwendig, die derzeitige Vormachtstellung wirtschaftspolitischer Interessen auszugleichen.
3. **Volle Transparenz auch in Österreich:**
 - a. Offenlegung aller Treffen von Nationalratsabgeordneten und Verwaltungsführung mit Unternehmenslobbyisten und Interessenvertreter:innen, inklusive Zweck und Inhalte.
 - b. Eintragungen im Lobbyregister zu allen Stellungnahmen oder Eingaben bei politischen Verfahren.
 - c. Offenlegung der vollen Höhe der für Lobbying eingesetzten Mittel.
 - d. Einrichtung einer eigenen Behörde, die die Einhaltung der Regeln überwacht und Vorschläge zur Weiterentwicklung macht (z. B. Frankreich: „Hohe Behörde für Transparenz im öffentlichen Leben“)
4. **Ausgewogene Einbindung von Stakeholder:innen.** Bei allen politischen Prozessen soll von den politischen Entscheidungsträger:innen ein ausgewogene Einbindung verschiedener Interessensgruppierungen erfolgen. Dabei ist insbesondere darauf zu achten, dass unterrepräsentierte Gruppen aktiv eingeladen werden. Alle Kontakte sind durchgehend und proaktiv offenzulegen.



global2000.at

IMPRESSUM:

Medieninhaberin, Eigentümerin und Verlegerin: Umweltschutzorganisation GLOBAL 2000, Neustiftgasse 36, 1070 Wien, Tel. (01) 812 57 30, E-Mail: office@global2000.at, www.global2000.at, ZVR: 593514598, für den Inhalt verantwortlich: Johannes Wahlmüller und Maximilian Hejda, Redaktion: Astrid Breit, Layout: Sabine Potuschak/flammen.at, Bildrechte: Canva (Pixabay-fill/S. 6_EU-Parlament, Getty Images-Sahin Gurel/S. 13_allsehendes Auge, Pexels-fauxels/S. 26_Business-Meeting, Pexels-Richard Bell/S. 30_EU-Flagge), Unsplash (Oliver Cole/Cover_EU-Kappe, Richard Hatleskog/S. 4_Transparenz, Kanae Kanesaki/S. 16_fossile Industrie, Annie Spratt/S. 20_Entwaldung, Wolfgang Weiser/S. 22_Frachtschiff, EnginAkyurt/S. 28_geschlossene Tür), Freepik (pch.vector/S. 3_Geschäftsleute, Wavebreakmedia_micro/S. 7_Lobbying-Gespräch, S. 14/Lobbyist, S. 17_Frau mit Megaphon, Pressfoto/S. 19_Einzeltreffen, usertrmk/S. 24_Autoindustrie)